

Ein Nukleardeal für Pakistan?

Pakistan will der Gruppe der Nuklearen Lieferländer (NSG) beitreten, um international an Status zu gewinnen. Die USA wollen dieses Ziel nun erstmals unterstützen – jedoch nur wenn Pakistan im Gegenzug sein Kernwaffenprogramm einschränkt. Eine Einigung ist nicht in Sicht. Pakistans Absicht, die Normen des globalen Nuklearhandels zu achten, ist aber positiv zu werten.

Von Jonas Schneider

In Südasien besteht die Gefahr einer sich zuspitzenden nuklearen Rüstungsdynamik. Indien und Pakistan haben 1998 Atomtests durchgeführt und ihre Kernwaffenarsenale seither ausgebaut. Diese Entwicklung findet im Kontext einer langen Rivalität der beiden Länder statt, die sich aus dem Konflikt um die Kaschmir-Region speist. Auch seitdem die beiden Länder über Kernwaffen verfügen, kommt der indisch-pakistanische Antagonismus weiterhin in Terroranschlägen und ernststen militärischen Krisen zum Ausdruck. In der Folge ist das Risiko, dass auch Kernwaffen zum Einsatz kommen, wohl nirgendwo auf der Welt so hoch wie in Südasien.

Weder Indien noch Pakistan sind Mitgliedstaaten des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (*Nonproliferation Treaty*, NPT). Denn der NPT erkennt allein die USA, Russland, Grossbritannien, Frankreich und China als Kernwaffenstaaten an. Ihre fehlende Mitgliedschaft im NPT hat einerseits zur Folge, dass die beiden südasiatischen Atommächte nicht an die gleichen nuklearen Abrüstungsversprechen gebunden sind wie die Kernwaffenstaaten innerhalb des NPT. Andererseits können Pakistan und Indien als Nicht-Mitglieder des NPT, die Kernwaffen besitzen, aber auch nicht am zivilen internationalen Nuklearhandel teilhaben. Da Indien und Pakistan dem NPT nicht beitreten dürfen, solange sie Kernwaffen besitzen, versuchen beide Länder, ihre Aussenseiterrolle gegenüber dem nuklearen Nichtverbrei-

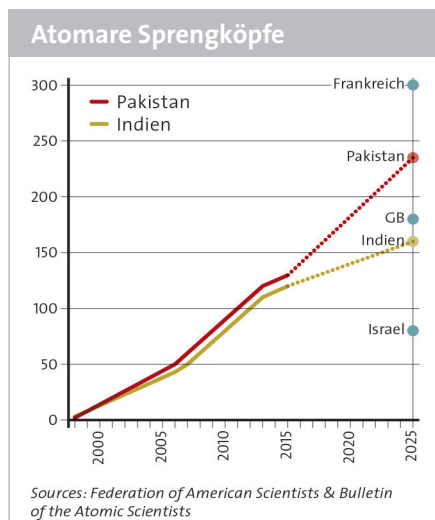


US-Präsident Barack Obama und Pakistans Premier Nawaz Sharif am Gipfel zur nuklearen Sicherheit in Den Haag März 2014. Yves Herman / Reuters

tungsregime mithilfe der Gruppe der Nuklearen Lieferländer (*Nuclear Suppliers Group*, NSG) zu überwinden. Die NSG erlässt Regeln für den Export von Technologien und Materialien, die zum Kernwaffenbau genutzt werden können. Neu-Delhi ist es mit der Unterstützung der USA 2008 bereits gelungen, eine Ausnahme von den NSG-Richtlinien zu erwirken. Diese erlaubt es Indien seither, Nukleargüter von NSG-Staaten zu erwerben. Seit 2010 möchte Indien zudem der NSG beitreten, was auch Pakistan anstrebt. Als NSG-Mit-

glieder könnten Pakistan und Indien die Regeln des internationalen Nuklearhandels mitbestimmen und würden dadurch international zumindest partiell als «normale» Kernwaffenstaaten etabliert.

Eine Aufnahme in die NSG ist eigentlich an eine Mitgliedschaft im NPT geknüpft. Die USA unterstützen Indiens Anliegen eines NSG-Beitritts aber dennoch. Diese partielle Öffnung der internationalen Nuklearordnung für Indien wurde von Washington bisher als einmalige Ausnahme



dargestellt. Die Obama-Regierung verfolgt nun aber den Plan, auch Pakistans Beitritt zur NSG zu unterstützen, fordert dafür jedoch im Gegenzug eine Begrenzung des pakistanischen Kernwaffenarsenals.

Ein solcher Nukleardeal mit Pakistan wäre in zweifacher Hinsicht von Bedeutung. *Erstens* wirft er die Frage auf, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen nukleare Aussenseiter wie Pakistan in das Nichtverbreitungsregime (re)integriert werden sollten. *Zweitens* stellt das von den USA anvisierte Nuklearabkommen mit Pakistan eine seltene konkrete Initiative dar, um der Gefahr eines nuklearen Wettrennens in Südasien zu begegnen.

Jedes Nuklearabkommen mit Pakistan ist dabei mit dem möglichen NSG-Beitritt Indiens verknüpft. Denn nach seiner Aufnahme in die NSG könnte Indien einen Beitritt seines pakistanischen Rivalen dauerhaft blockieren. Aufgrund dieses Vetorechts können die Bedingungen sowohl eines indischen als auch eines pakistanischen Beitritts zur NSG aber von allen 48 NSG-Mitgliedern, einschliesslich der Schweiz, mit beeinflusst werden.

Indiens Nuklearabkommen

Den Bezugspunkt für alle Überlegungen zu einer nuklearen Übereinkunft mit Pakistan stellt der Nukleardeal der USA mit Indien dar. Nachdem Indien 1974 als erster Staat nach den fünf anerkannten Kernwaffenstaaten des NPT einen Atomtest durchgeführt hatte, war es für Jahrzehnte als illegitimer Kernwaffenstaat geschmäht und vom zivilen Nuklearhandel weitgehend ausgeschlossen worden. Erst die auf

Betreiben der Regierung von George W. Bush von den NSG-Mitgliedern 2008 vereinbarte Ausnahmeerlaubnis für Nuklearexporte an Indien hat das Land wieder ein Stück weit in die internationale nuklearpolitische Normalität zurückgeführt.

Im Gegenzug musste Indien seinen Anspruch, ein verantwortungsvoller «normaler» Kernwaffenstaat zu sein, mit einer Reihe von nichtverbreitungspolitischen Massnahmen unter Beweis stellen: Indien musste seine zivilen und militärischen Atomanlagen klar trennen und erstere der Aufsicht der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) unterstellen. Ebenso wurde die Exportkontrollgesetzgebung an die Richtlinien der NSG und des Exportkontrollregimes für biologische und chemische Waffen angepasst. Darüber hinaus hat sich Neu-Delhi verpflichtet, an seinem nuklearen Testmoratorium festzuhalten und Verhandlungen über einen internationalen Vertrag zur Beendigung der Produktion von waffenfähigem nuklearem Spaltmaterial (*Fissile Material Cut-off Treaty*, FMCT) zu unterstützen. Informell scheint Indien ausserdem signalisiert zu haben, sein Kernwaffenarsenal künftig nur sehr moderat vergrössern zu wollen.

Über diese Konzessionen hinaus speiste sich die Unterstützung für eine Einigung mit Indien aber bei mehreren NSG-Staaten noch aus anderen Kalkülen. So spielte die Aussicht, mithilfe des Nuklearabkommens Indien gegenüber China zu stärken

Ein nukleares Wettrüsten mit Indien kann Pakistan nur verlieren: Indiens Wirtschaft ist neunmal grösser.

und enger an die USA zu binden, in Washington eine wichtige Rolle. Ebenso vergrösserte die Hoffnung der grossen nuklearen Exportnationen auf lukrative Reaktorverkäufe an Indien deutlich die Neigung, über Indiens Kernwaffen teilweise hinwegzusehen. Im Rahmen der Einigung von 2008 wurde die Frage einer Aufnahme Indiens in die NSG jedoch noch gar nicht diskutiert. Das Ziel eines NSG-Beitritts verfolgt Neu-Delhi erst seit 2010.

Aus Pakistans Sicht stellen der indische Nukleardeal und Neu-Delhis Streben nach Aufnahme in die NSG verheerende Schritte dar. Einerseits fürchtet Islamabad, dass Indien seine Produktion von waffenfähigem

nuklearem Spaltmaterial rapide steigern könnte. Der errungene Zugang zum Nuklearhandel erlaubt es Indien nämlich, Uran für sein ziviles Atomprogramm auf dem Weltmarkt zu erwerben, sodass seine heimischen Uranvorkommen allein dem Kernwaffenprogramm zugeführt werden könnten. Andererseits hat Indiens partielle Rückkehr in die nuklearpolitische Normalität auf Seiten der stets nach Ebenbürtigkeit mit Indien strebenden pakistanischen Eliten massive Statusängste ausgelöst. Aufgrund dieser doppelten Befürchtung hat Pakistan seine nukleare Aufrüstung noch beschleunigt und fordert gleichzeitig auch für sich einen Nukleardeal.

Pakistans nukleare Aufrüstung

Seit einigen Jahren rüstet Pakistan nuklear rapide auf. Nach Schätzungen von Experten besitzt Pakistan schon jetzt mehr Sprengköpfe als Indien. Weil Pakistans Nukleararsenal zudem viel schneller wächst als das indische, wird sich diese Differenz künftig noch vergrössern. Ferner wird Pakistans Atomarsenal bei unveränderter Dynamik in zehn Jahren auch Grossbritanniens Arsenal übertreffen (vgl. Box).

Pakistans Nukleardoktrin hat sich ebenso gewandelt. Das Militär hat in den letzten fünf Jahren die Schwelle für einen Einsatz seiner Kernwaffen gesenkt, indem es im Rahmen seiner bisherigen nuklearen Ersteinsatzdoktrin zunehmend auf taktische Kernwaffen setzt. So wurde die nukleare waffenfähige Kurzstreckenrakete *NASR* entwickelt, die mit einer Reichweite von 60 Kilometern allein für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld gedacht ist. Pakistan hat die *NASR* bereits in grösseren Stückzahlen hergestellt und vor kurzem mit ihrer Stationierung begonnen. Mithilfe solcher taktischer Kernwaffen

möchte die pakistanische Armee ihre konventionelle Unterlegenheit gegenüber Indien kompensieren. Für das von Islamabad befürchtete Szenario eines blitzartigen Einfalls indischer Verbände hat Pakistan daher angekündigt, die Invasoren mit dem frühzeitigen Einsatz taktischer Kernwaffen zurückzuschlagen – und glaubt, dass es mit dieser Doktrin einen solchen Angriff Indiens abschreckt.

Von Pakistans taktischen Kernwaffen gehen jedoch – speziell in Kombination mit der Bereitschaft zu deren frühzeitigem Einsatz – besondere Gefahren aus. Dies betrifft *erstens* die physische Sicherheit der Waffen. Damit sie die ihnen zugeordnete

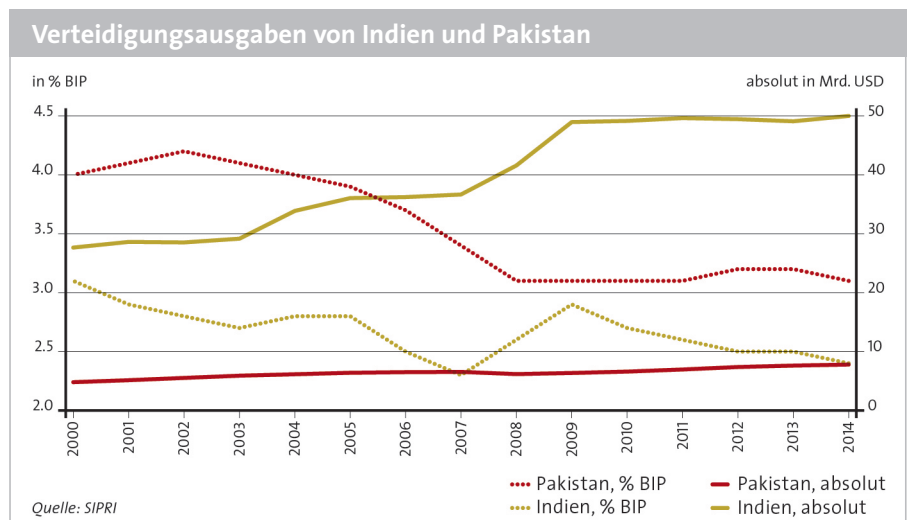
abschreckende Wirkung haben, müssen sie möglichst einsatzbereit und zugleich nah am Gefechtsfeld stationiert werden, und die Entscheidungshoheit über ihren Einsatz sollte vorab an einen Kommandeur auf dem Gefechtsfeld delegiert werden. Hiermit vermindert sich aber die Fähigkeit, einen Diebstahl der Waffen oder ihren nicht-autorisierten Einsatz in einer Krise verhindern zu können. Angesichts der in Pakistan operierenden extremistischen Gruppierungen und diverser mit diesen Gruppen sympathisierenden pakistanischen Militärs erscheinen diese Risiken erheblich.

Die zweite Gefahr besteht in erhöhten Eskalationsrisiken, die aus ungleichen Bewertungen der Glaubwürdigkeit des Einsatzes von Pakistans taktischen Kernwaffen resultieren. Pakistans Militärs mögen überzeugt sein, dass Neu-Delhi den Einsatz dieser Waffen im Fall eines konventionellen indischen Angriffs für glaubwürdig hält (und daher abgeschreckt wird). Auf indischer Seite wird Pakistans Drohung, taktische Kernwaffen bei einer begrenzten Invasion einzusetzen, aber als unglaubwürdig bezeichnet – auch weil Neu-Delhi für einen Nuklearschlag gegen indische Truppen, selbst wenn sie sich auf pakistanischem Territorium befinden, massive nukleare Vergeltung angedroht hat. An einer solchen Reaktion äussert wiederum Pakistan grosse Zweifel. In der Folge könnte selbst ein begrenzter konventioneller indischer Angriff ungewollt zu einem strategischen nuklearen Schlagabtausch der beiden Länder führen.

Verschärfend kommt hinzu, dass diese Eskalation auch durch Anschläge von pakistanischen Terrorgruppen wie *Laschkar-e Taiba* (LeT) gegen Ziele in Indien ausgelöst werden könnte, wenn indische Truppen daraufhin auf pakistanischem Territorium gegen LeT-Kräfte vorgehen. Diese Eskalationsrisiken und die Schwierigkeit, Pakistans taktische Kernwaffen physisch zu schützen, haben wesentlich zu der US-Initiative für einen Nukleardeal beigetragen.

Obamas Vorschlag

Nach vorherigen Gesprächen hat die Obama-Regierung im Vorfeld eines bilateralen Gipfeltreffens im Oktober 2015 Pakistan ein konkretes Angebot für ein Nuklearabkommen unterbreitet. Der Vorschlag sieht offenbar vor, dass Pakistan sein Nukleararsenal auf solche Waffentypen und die Stationierung von solchen Trägerraketen beschränkt, die für die Abschreckung beziehungsweise Verteidigung gegen die



von Indien ausgehende nukleare Bedrohung nötig sind. Diese Abschreckungsfähigkeit erreicht Pakistan primär durch seine strategischen Kernwaffen. Nach dem Wunsch der USA müsste Pakistan daher die Anzahl seiner taktischen Kernwaffen eng begrenzen und die Entwicklung dieser Waffen einstellen. Die bereits produzierten NASR-Raketen müsste Pakistan «einmotten», also nicht stationieren. Zudem dürfte Pakistan keine Raketen stationieren, deren Reichweite über Indiens Territorium hinausgeht (und so Israel mit einschliesst).

Im Gegenzug ist die US-Regierung offenbar bereit, das pakistanische Streben nach einer Aufnahme in die NSG zu unterstützen. Damit könnte Pakistan am legitimen internationalen Nuklearhandel teilhaben und auch dessen Regeln gleichberechtigt mitbestimmen. Ein pakistanischer NSG-Beitritt wäre jedoch nicht nur für Islamabad attraktiv. Innerhalb der NSG würde Pakistan zum Vorteil beider Seiten in den intensiven Austausch unter den Mitgliedsstaaten von Geheimdienstinformationen zu Nuklearexporten eingebunden. Ebenso würde Pakistan durch eine Aufnahme in die NSG stärker an deren Exportrichtlinien gebunden, die auch ein *de-facto*-Moratorium für den Export sensibler Technologien zur Urananreicherung und zur nuklearen Wiederaufbereitung vorsehen. Angesichts des oft diskutierten Szenarios einer möglichen Weitergabe von Pakistans sensibler Atomtechnologie an Saudi-Arabien wäre diese zusätzliche Einbindung Islamabads sinnvoll. Die NSG hat vor diesem Hintergrund bereits Sondierungsgespräche mit Pakistan bezüglich seiner Exporte organisiert.

Die NSG und Pakistan

Mit der Aufnahme in die NSG bekäme Pakistan von der Gruppe «grünes Licht» für seine Teilnahme am zivilen Nuklearhandel. Aus einer rein ökonomischen Perspektive ist ein Beitritt zur NSG für Pakistan aber kaum attraktiv. Denn Pakistan erhält bereits jetzt trotz seines NPT-widrigen Nukleararsenals Atomreaktoren von China, das damit gegen seine eigenen NSG-Verpflichtungen verstösst – Pekings Einwand, es erfülle auch heute noch eine Liefervereinbarung mit Pakistan, die es vor Chinas NSG-Beitritt 2004 getroffen habe, ist nicht stichhaltig. Die übrigen Mitgliedsstaaten würden höchstwahrscheinlich selbst nach Pakistans Beitritt zur NSG keinen zivilen Nuklearhandel mit dem Land betreiben. Die Kreditwürdigkeit Pakistans ist so gering, dass sich eine Finanzierung von Nuklearprojekten ökonomisch verbietet. Einzig China ist dazu aus geopolitischen Gründen bereit.

Islamabad ist primär aus Statusgründen an der NSG-Mitgliedschaft interessiert. Pakistans Beitritt würde die gewünschte Ebenbürtigkeit mit Indien unterstreichen und international die Botschaft kommunizieren, dass das Land als ein verantwortungsvoller «normaler» Kernwaffenstaat akzeptiert werde. Genau wegen dieser Aufwertung von Pakistan dürfte die Idee eines Nuklearabkommens mit Islamabad aber bei den übrigen NSG-Staaten auf wenig Begeisterung treffen. Die meisten unter ihnen sehen Pakistan aus zwei Gründen nicht als einen verantwortungsvollen Kernwaffenstaat: *Erstens* hält der Imageschaden durch das Proliferationsnetzwerk von A.Q. Khan, das bis 2003 von Pakistan aus Uran-

Die Schweiz und die Frage der NSG-Beiträge von Indien und Pakistan

Indiens Regierung strebt einen Beschluss zur Aufnahme des Landes in die NSG beim nächsten jährlichen Treffen der Gruppe im **Juni 2016** an. Ein Konsens zugunsten von Indiens Aufnahme ist unter den NSG-Mitgliedern aber noch nicht erkennbar: Auch die Schweiz dürfte hier – im Einklang mit einigen anderen europäischen Staaten, darunter Österreich und Irland – noch deutlichen Gesprächsbedarf sehen. Ein indischer Beitrittswunsch – genau wie ein möglicher Nukleardeal mit Pakistan – soll primär durch die Linse der Frage betrachtet werden, wie die NSG mit jenen vier Staaten, die ausserhalb des NPT über Kernwaffen verfügen (**Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea**), insgesamt umgehen soll. Bezüglich einer Aufnahme dieser Staaten in die NSG präferiert die Schweiz klare, von der NSG vorab zu definierende **Kriterien**, die das Nichtverbreitungsregime stärken würden und auf Beitrittsgesuche von jedem der vier Staaten gleichermaßen anzuwenden wären. Man dürfte sich in Bern im Klaren darüber sein, dass die Einführung dieses Beitrittsmodells die Lösung schwierigster nuklearpolitischer Fragen und Verfahrensfragen voraussetzt.

Unmittelbare Entscheidungen dürften kaum zu erwarten sein. **China** lehnt einen indischen Beitritt ab, solange seinem pakistanischen Alliierten die Aufnahme zu den gleichen Bedingungen – unabhängig von ihren Inhalten – verwehrt wird. Wenn China von den NSG-Staaten keine Zusage für Pakistans Beitritt erhält, will Peking Indiens Aufnahme **per Veto blockieren**. Daher besteht für die Schweiz derzeit keine Notwendigkeit, sich in der Frage der Aufnahme Indiens und/oder Pakistans in die NSG abschliessend zu positionieren.

anreicherungstechnologie und Baupläne für Atomsprengeköpfe an den Iran, Libyen und Nordkorea verkauft hat, weiter an. Der pakistanische Staat hat an diesem Nuklearschmuggel zumindest passiv mitgewirkt und lehnt zudem die umfassende Aufklärung dieser Fälle bis heute ab. Ausserdem besteht *zweitens* Skepsis, weil die Unterstützung von Teilen des pakistanischen Sicherheitsapparates für anti-indische Terrorgruppen wie LeT aufgrund der nuklearen Eskalationsrisiken von vielen Staaten als verantwortungslos betrachtet wird.

Hinzu kommt, dass die sicherheits- und nichtverbreitungspolitischen Vorbehalte gegenüber Pakistan – anders als bei Indiens Abkommen 2008 – nicht durch die Aussicht auf lukrative Reaktorgeschäfte gemildert werden. Auch die mit dem Indienabkommen verknüpfte Absicht, Asiens Demokratien gegenüber China zu stärken, findet im Fall von Pakistan keine Entsprechung, da das Land nur teilweise demokratisch ist und eng mit Peking kooperiert. Aus diesen Gründen wird Islamabad, anders als Indien 2008, für eine Übereinkunft mit der NSG wahrscheinlich Zugeständnisse bei seinem militärischen Atomprogramm machen müssen: bei den taktischen Kernwaffen. Zudem sind Forderungen von NSG-Staaten denkbar, dass Pakistan seine harte Ablehnung eines FMCT und des Umfassenden Nuklearen Teststoppvertrags (CTBT) flexibilisieren müsse.

Pakistans Haltung

Neu-Delhi und die Obama-Regierung vertreten die Position, dass Indien ohne Einschränkungen an seinem Atomwaffenarsenal und auf der Basis der 2008 gemachten nichtverbreitungspolitischen Konzessionen in die NSG aufgenommen werden sollte. Sollte Indien in die NSG aufgenommen werden, fordert Pakistan, der NSG zu den gleichen Bedingungen beitreten zu dürfen. Die meisten Kriterien, die Indien 2008 erfüllen musste, erfüllt Pakistan bereits heute: Alle pakistanischen Forschungsreaktoren und alle zur Energiegewinnung genutzten Leistungsreaktoren unterstehen der Aufsicht der IAEA. Die Trennung von zivilen und militärischen Atomanlagen ist damit gegeben. Ebenso wurden die Exportkontrollgesetzgebung und -verwaltung des Landes nach dem Skandal um A.Q. Khan reformiert und internationalen Standards angepasst. Zudem praktiziert Pakistan schon jetzt ein nukleares Testmoratorium. Auch eine künftig flexiblere Haltung des Landes zu FMCT-Verhandlungen – unterhalb einer Zusage zum Vertragsbeitritt – ist denkbar.

Dass die USA und die meisten der übrigen Lieferländer für einen NSG-Beitritt von Pakistan zusätzlich Zugeständnisse bei seinen taktischen Kernwaffen verlangen werden, ist der Knackpunkt für einen Nukleardeal mit Islamabad. Washington sieht Pakistans wachsendes Arsenal von takti-

schen Kernwaffen als eine der grössten Gefahren für die Stabilität Südasiens. Die pakistanische Armee bezeichnet diese Waffen hingegen als unabdingbar, um begrenzte konventionelle Invasionen von indischer Seite abzuschrecken.

Die pakistanische Annahme, dass taktische Kernwaffen effektiv darin seien, einen konventionell überlegenen Gegner abzuschrecken, ist umstritten, kann aber nicht widerlegt werden. Mit dieser vermeintlichen Fähigkeit gehen jedoch hohe Risiken einher, wie die NATO selbst gelernt hat: So hat die NATO in einem Prozess, der Ende der 1970er-Jahre begann, ihre taktischen Kernwaffen fast vollständig aus Europa abgezogen, weil die Sicherheitsrisiken und die bei ihrem Einsatz zu erwartenden Schäden für die eigene Seite als inakzeptabel bewertet wurden. Der von Pakistans Militärs oft gegebene Hinweis, dass auch in der Militärstrategie der NATO taktische Kernwaffen unverzichtbar gewesen seien, trägt demnach nur bedingt.

Ein weiteres Risiko für Pakistan besteht darin, dass die stetige Vergrösserung seines taktischen Atomarsenals ein nukleares Nachrüsten von Indien anstossen könnte. Ein daraus resultierendes Wettüben kann Pakistan aber nur verlieren: Indiens Wirtschaft ist neunmal grösser als die Pakistans, und die indischen Verteidigungsausgaben übersteigen die pakistanischen um das Vierfache (vgl. Box auf S.3). Daher liegt die Einhegung seines Kernwaffenprogramms auch in Pakistans Interesse. Bisher ist Islamabad jedoch offenbar gewillt, sowohl dieses Risiko eines nuklearen Wettübens als auch das Risiko grosser Schäden bei einem Einsatz seiner taktischen Kernwaffen auf pakistanischem Boden einzugehen, um die in Pakistan wahrgenommene Bedrohung durch Indien abzuschrecken.

Dr. Jonas Scheider ist Transatlantic Postdoctoral Fellow for International Relations and Security am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich. Er ist Autor von «Amerikanische Allianzen und nukleare Nichtverbreitung» (2016).

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Lektorat: Benno Zogg
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Herausgeforderte Koexistenz in Georgien Nr. 186
Die britische Verteidigungsstrategie von 2015 Nr. 185
Ein Schweizer Nordafrika-Programm 2.0 Nr. 184
Countering Violent Extremism in der Terrorabwehr Nr. 183
Rüstungsbeschaffung (2): Projektdynamiken Nr. 182
Rüstungsbeschaffung (1): Politisch-militärischer Rahmen Nr. 181